

Karl Heinz Blasweiler
Stadtkämmerer und Erster Beigeordneter

Rede zur Einbringung des Verwaltungsentwurfs
des Haushaltsplanes für das Jahr 2004

- es gilt das gesprochene Wort -

Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

„Alles hat zwei Seiten. Das ist das Gute am Schlechten und das Schlechte am Guten.“
Mit diesem Zitat des deutschen Aphoristikers Werner Mitsch ist die aktuelle Situation bei der Einbringung des Haushalts 2004 treffend beschrieben. Auch ich habe über gute und schlechte Nachrichten zu sprechen.

Zunächst zu den guten Nachrichten:

Die Haushaltswirtschaft der Stadt Lüdenscheid bewegt sich weiterhin auf dem durch das HSK vorgegebenen Konsolidierungspfad. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass wir unser Ziel, im Jahr 2006 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, nach wie vor fest im Visier haben. Und das wiederum heißt, dass wir – trotz aller Schwierigkeiten, auf die auch noch einzugehen ist - weiterhin mit berechtigten Hoffnungen daran arbeiten, dass Haushaltssicherungskonzepte in Lüdenscheid kein Dauerzustand werden.

Was bedeutet dies im Einzelnen?

1. Das diesjährige Defizit überschreitet nicht den in der Finanzplanung für 2004 erwarteten Fehlbedarf von 4,1 Mio. Euro. Zwar kann im Grunde genommen keiner recht glücklich sein, wenn ein ursprünglich befürchtetes Defizit dann auch tatsächlich realisiert wird. Allerdings muss in diesem Fall in Rechnung gestellt werden, dass sich seit der seinerzeitigen Prognose die Rahmenbedingungen zum Teil erheblich verschlechtert haben, so dass im Grunde genommen eher eine Ausweitung des Defizits zu erwarten war. Beispielhaft für diese Verschlechterungen sind deutlich höhere Aufwendungen für Sozialhilfe zu nennen. Diese gegenüber der ursprünglichen Planung zusätzlichen Belastungen kompensieren zu können, halte ich schon für eine gute Nachricht.
2. Eine zweite gute Nachricht sehe ich darin, dass der Verwaltungsentwurf keine Erhöhung der Realsteuerhebesätze vorsieht.
Dies stellt keine Selbstverständlichkeit dar: Nach dem von den Aufsichtsbehörden grundsätzlich zu beachtenden Prüfrahen für Haushaltssicherungskonzepte sollen die Realsteuerhebesätze einer HSK-Gemeinde die landesdurchschnittlichen Hebesätze um mindestens 15 %-Punkte übersteigen. Hiernach wären folgende Erhöhungen notwendig gewesen:
Grundsteuer A 8 %-Punkte,
Grundsteuer B 24 %-Punkte und
Gewerbsteuer 12 %-Punkte.
Nach ausführlichen internen Beratungen und einer Rücksprache mit der Aufsichtsbehörde hat sich der Verwaltungsvorstand entschieden, Steuererhöhungen weder für den Haushalt 2004 noch für den verbleibenden HSK-Zeitraum 2005 und 2006 vorzusehen. Die angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage völlig kontraproduktiven Wirkungen einer Steuererhöhung sollen, wo irgend möglich, vermieden werden.
3. Eine neuerliche Verschärfung des HSK konnte glücklicherweise ebenfalls vermieden werden.
Berücksichtigt man, dass in den letzten Jahren bereits in zahlreichen Bereichen erhebliche Einsparbemühungen unternommen und Personal- und Sachmittelressourcen teilweise drastisch zurückgefahren wurden,
berücksichtigt man also, dass die sogenannte Speckschicht bereits heftig beschnitten wurde,
dann wird sofort deutlich, dass eine Verschärfung des HSK sicherlich zu sehr schmerzlichen Einschnitten in die kulturelle und soziale Infrastruktur unserer Stadt geführt hätte.
Ich bin sehr froh darüber, dass dies vermieden werden konnte.
4. Schließlich können durch den Einsatz der Veräußerungserlöse aus den Mark-E Aktien einerseits dringend erforderliche Investitionsmaßnahmen im Bereich des Rathauses und Rathausumfeldes vorgenommen werden. Dabei geht es nicht nur um die Heranführung der Arbeits- und Umfeldbedingungen für Politik und Verwaltung an die heutigen Erfordernisse; gleichzeitig tritt die Stadt Lüdenscheid endlich auch wieder in spürbarem Umfang als Investor auf und leistet einen aktiven Beitrag zur Belebung der heimischen Wirtschaft.
Wichtig ist aber auch, dass gleichzeitig der Schuldenstand zurückgeführt und Netto-Kreditaufnahmen vermieden werden. Dies ist betriebswirtschaftlich gesehen allerdings auch dringend notwendig, um die zukünftig nach dem Verkauf der Mark-E Aktien entfallenden Dividendenzahlungen zu kompensieren.

Die gute Nachricht hier lautet daher: es wird wieder investiert, aber nicht auf Pump zu Lasten zukünftiger Generationen.

Bei aller Zufriedenheit über das hier eben Gesagte, darf aber nicht übersehen werden, dass wir aufgrund der unverändert angespannten finanziellen Situation auch zahlreiche Wermutstropfen nehmen mussten, auf die wir gerne verzichtet hätten.

So mussten einerseits große und für die Stadtentwicklung auch wichtige Investitionsprojekte deutlich reduziert bzw. zeitlich gestreckt werden. Zu nennen sind die Entwicklung des Bahnhofgeländes in der Innenstadt und in Brügge, die Neugestaltung des ZOB Sauerfeld sowie die Ausweisung des Gebietes Eggenscheid für Zwecke der Wohnbebauung.

Ebenso darf nicht übersehen werden, dass die ehrgeizigen Einsparungen im Personalbereich von der Verwaltung nach wie vor mit großer Konsequenz umgesetzt werden, was in Teilbereichen jedoch zu erheblich verschlechterten Arbeitsbedingungen geführt hat. Dass uns, dem Verwaltungsvorstand, die Kolleginnen und Kollegen trotzdem auf unserem schwierigen Weg mit kompetenter und engagierter Arbeit gefolgt sind: dafür möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich danken.

Aus meiner Sicht hervorzuheben ist schließlich noch, dass der Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2004 bewusst keine unrealistischen Phantasiezahlen enthält. Für alle Ansätze haben wir die zum Zeitpunkt der Veranschlagung vorliegenden Informationen sorgfältig ausgewertet und auch mögliche negative Entwicklungen berücksichtigt. Dabei kann es zwar durchaus im Einzelfall noch zu bösen Überraschungen kommen, aber: Lediglich erhoffte oder auch nur angedachte Verbesserungen etwa in Folge einer möglichen Gemeindefinanzreform zu etatisieren, wie dies manche Gemeinden schon im letzten Jahr versucht haben, halte ich für unseriös und im Ergebnis auch für wenig hilfreich.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren!

Fasse ich das bisherige zusammen, kann ich wohl mit Fug und Recht feststellen, dass die Verwaltung mit dem heute vorgelegten Entwurf zum Haushalt 2004 unter Berücksichtigung des HSK ihre Hausaufgaben ordentlich gemacht hat.

Nach den guten Nachrichten, Sie erinnern sich an die zwei Seiten, nun aber auch die negativen Nachrichten:

Niemand von uns hier weiß, ob der Verwaltungsentwurf nächste Woche oder nächsten Monat noch das Papier wert ist, auf dem er geschrieben steht.

Hintergrund dieser pessimistischen Einschätzung ist die Tatsache, dass in den nächsten Wochen mit Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene zu rechnen ist, die zu erheblichen Auswirkungen, vor allem in Form von Mehrbelastungen, für den städtischen Haushalt führen können. Folgende Ursachen für die Unsicherheiten sind zu nennen:

1. Nach der neuen Steuerschätzung der vergangenen Woche aber auch unter dem Eindruck der Entscheidung des Verfassungsgerichtes, dass die Landeshaushalte 2001 und 2002 verfassungswidrig waren, wird das Land weitere Anstrengungen zur Konsolidierung des Landeshaushaltes unternehmen müssen. Von Kürzungen und/oder Streichungen wird die städtische Haushaltswirtschaft in dem einen oder anderen Fall unmittelbar betroffen sein, hier müssen Entscheidungen im Detail abgewartet werden. Wesentlich weitreichender, vor allem für das soziale und gesellschaftliche Leben in unserer Stadt, werden sich allerdings Kürzungen bei Vereinen und Verbänden niederschlagen, die in hohem Maße von der vollständigen oder zumindest teilweisen finanziellen Unterstützung des Landes abhängig sind. Der städtische Haushalt wird von dieser Entwicklung nicht unberührt bleiben. Einerseits ist mit vermehrten Anfragen zur Ersatzfinanzierung durch die Stadt zu rechnen. Zum anderen muss für den Fall, dass Einrichtungen geschlossen oder in ihrem Leistungsangebot deutlich zurückgefahren werden, mittel- bis langfristig mit sozialen Folgekosten gerechnet werden. Ich denke hierbei insbesondere an Beratungs- und Interventionsangebote für Jugendliche und in Not geratene Personen.
Das Schlimme hierbei ist: Angesichts unserer eigenen Finanzlage sind wir nicht mehr in der Lage, solche Ausfälle mit eigenen Mitteln auszugleichen.
2. Zur Zeit ebenfalls nicht einschätzbar ist die Entwicklung bei der Schlüsselzuweisung. Hier bleibt abzuwarten, inwieweit das Land sich selbst entlastet und durch Befrachtungen die für die Verteilung an die Gemeinden zur Verfügung stehende Schlüsselmasse reduziert.

Aber auch bundespolitische Entscheidungen werden in den nächsten Wochen noch erhebliche Auswirkungen für den städtischen Haushalt haben. Vor allem die derzeitige Diskussion über eine vorgezogene Steuerreform jagt mir den einen oder anderen eiskalten Schauer über den Rücken: Zum einen, weil bei einem Absinken des Gesamtaufkommens an Einkommen- und Körperschaftssteuern die Gemeinden über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aber auch über die als Schlüsselzuweisungen zu verteilenden Mittel an der Finanzierung beteiligt sein werden. Aufgrund der Finanzlage von Bund und Ländern kann ich mir nicht vorstellen, dass die kommunalen Einnahmeausfälle infolge der Steuerreform auch nur annähernd kompensiert werden.

Das zweite Gruselgefühl lösen die Erinnerungen an die letzte Steuerreform aus, als die Folgewirkungen einzelner Maßnahmen vom Finanzministerium völlig falsch eingeschätzt worden waren und zum Teil katastrophale Auswirkungen entfalteten. Der Vorwurf mangelnder Qualität

steuerlicher Berechnungstableaus des Bundesfinanzministeriums wurde übrigens in der vergangenen Woche auch im Zusammenhang mit der Gemeindefinanzreform erhoben. Insoweit bin ich schon etwas bange, was sich – falls die vorgezogene Steuerreform kommt – dann tatsächlich in unserem Haushalt niederschlägt.

Eine gewisse Resthoffnung, dass Beschlüsse auf Bundes- und Landesebene nicht nur zu kommunalen Zusatzbelastungen führen, sondern sich hieraus auch einmal Verbesserungen ergeben können, knüpft sich an das Stichwort „Gemeindefinanzreform“. Legt man den aktuellen Stand der Vereinbarungen von Rot-Grün zugrunde, ist nach Einschätzung des Deutschen Städtetags mit spürbaren Verbesserungen im Bereich der Gewerbesteuer zu rechnen. Gemeindegrenze Berechnungen gibt es hierzu aber noch nicht. Zudem bleibt abzuwarten, was von den derzeitigen Planungen am Ende des Gesetzgebungsverfahrens überhaupt übrigbleiben wird. Sollte der in der vergangenen Woche im Handelsblatt erhobene Vorwurf, dass die Berechnungstableaus der Gewerbesteuerreform unvollständig sind, zutreffen und keine Korrektur erfolgen, müssen manche Städte wohl sogar mit zusätzlichen Be- statt der erwarteten Entlastungen rechnen.

Je nachdem, was in den nächsten Tagen und Wochen auf uns zukommt, werden wir trotz der guten Vorarbeiten der Verwaltung doch noch über eine neue HSK-Runde und auch über Steuererhöhungen reden müssen. Soviel zu der schlechten Nachricht.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren!

Nach einem solchen Bericht von guten und schlechten Seiten stellt sich natürlich immer die Frage, wie gehen wir jetzt mit der Situation um, was ist zu tun? Ist beispielsweise der derzeitige Fahrplan zur Beratung des Verwaltungsentwurfs weiter zu verfolgen?

Ich meine, dass wir den derzeitigen Fahrplan nicht verändern und in den nächsten Wochen die Ausschussberatungen durchziehen sollten.

Hierzu zwei Überlegungen:

1. Trotz aller Befürchtungen und Negativprognosen fehlen uns heute genaue Erkenntnisse, was auf uns zukommt. Ich halte es nicht für zweckmäßig ein vermeintliches Haushaltsloch zuzusparen, vielleicht jetzt schon mit einer neuen HSK-Runde die halbe Stadt aufrührig zu machen und dann am Ende festzustellen, dass das ganze doch irgendwie nicht notwendig war. Der Patient sollte erst dann operiert werden, wenn auch die Diagnose einwandfrei feststeht.
2. Die Auswirkungen der landes- und bundespolitischen Entscheidungen werden uns vor den abschließenden Beratungen in BOFi, Hauptausschuss und Rat wahrscheinlich bekannt sein. Hier besteht dann immer noch die Möglichkeit, Entscheidungen und Diskussionsergebnisse der Fachausschüsse hinsichtlich der finanziellen Machbarkeit zu korrigieren. Zudem habe ich einige Anhaltspunkte dafür, dass wir eventuelle Zusatzbelastungen mit einem guten Jahresergebnis 2003 vielleicht doch noch kontern können.

Ich denke meine Ausführungen haben insgesamt gezeigt, dass wir in Lüdenscheid, sofern wir die Dinge selbst in die Hand nehmen können, durchaus in der Lage sind, auch eine schwierige Situation in den Griff zu bekommen. Im Gegensatz zu anderen Städten und Gemeinden versinken wir aufgrund eigener Beschlüsse oder Vorgehensweisen nicht immer weiter im HSK, sondern haben nach wie vor eine Perspektive, dieses finanzwirtschaftliche Tal bis zum Jahr 2006 durchschritten zu haben. Dies kann uns aber nur gelingen, wenn uns von anderer Stelle keine unüberwindlichen Hürden mehr in den Weg gestellt werden.

Schließen, meine Damen und Herren, möchte ich mit eigenen Worten des Dankes, die mir ein besonderes Anliegen sind:

Zunächst möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung bedanken, für die äußerst maßvolle und sparsame Haushaltswirtschaft im laufenden Jahr. Ich danke auch für die große Disziplin und Geduld, mit der zum Teil sehr belastende Maßnahmen, etwa im Bereich der Personalbewirtschaftung, mitgetragen werden.

Als Zweites möchte ich, wie in jedem Jahr, den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei unter Leitung von Michael Walker für ihre ebenso sorgfältige wie umsichtige Vorbereitung des Haushaltsentwurfs ein herzliches Dankeschön sagen. Sie stehen Ihnen auch bei den diesjährigen Haushaltsplanberatungen gerne wieder mit Rat und Tat zur Seite.

Ausdrücklich bedanken möchte ich mich aber auch bei der Kommunalaufsicht des Märkischen Kreises, die uns immer wieder und in äußerst hilfsbereiter und kompetenter Form unterstützt hat. Ohne sozusagen die „Leine schleifen zu lassen“ wurde bei zahlreichen Einzelfragen eine große Flexibilität an den Tag gelegt, die es uns allen immer wieder ermöglicht hat, im Rahmen der begrenzten finanziellen Mittel doch noch zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger gestaltend tätig zu werden. Ein solches Verhältnis zwischen Stadt und Aufsichtsbehörde ist nicht

selbstverständlich. Deshalb ist hier nach meiner Auffassung ein ausdrückliches Wort der Dankes auch unbedingt angebracht.

Schließlich danke ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, für Ihre freundliche Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen für die anstehenden Beratungen viel Erfolg.